

Aus dem Institut für Betriebswirtschaft

István Heinrich

EU-Erweiterung : sind die Beitrittsländer Bittsteller oder ernsthafte Rivalen?

Manuskript, zu finden in www.fal.de

**Braunschweig
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)
2004**

Also available at: [Herkunfts-URL](#)

EU-Erweiterung: Sind die Beitrittsländer Bittsteller oder ernsthafte Rivalen?

István Heinrich

Arbeitsbericht 03/2004

Braunschweig, im April 2004

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Wer gehört zu Europa?	1
3	Volkswirtschaftliche Rahmendaten	2
3.1	Risiken und Chancen	2
3.2	Größe und Wirtschaftskraft der neuen Beitrittsländer	3
4	Grundlegende Daten des Agrarsektors	6
4.1	Bevölkerung und landwirtschaftlich genutzte Flächen	6
4.2	Das wirtschaftliche Gewicht des Agrarsektors	8
4.3	Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern	8
4.4	Entwicklung der Produktion und des Agrarhandels nach der Wende	11
5	Abwägung der Wettbewerbschancen	13
5.1	Produktivitätsrückstand	14
5.2	Produkt- und Faktorpreise	15
5.3	Welche Vorteile bieten niedrige Löhne und Pachtpreise?	16
6	Förderungsmaßnahmen	18
6.1	Zankapfel Direktzahlungen	18
6.2	Entwicklung ländlicher Räume	19
6.3	Finanzrahmen für Förderungsmaßnahmen	20
7	Zusammenfassung	22
	Literaturverzeichnis	24
	Quellenverzeichnis	25

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern (1) Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Prozent	9
Tabelle 2:	Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern (2) Durchschnittliche Betriebsgröße in Hektar	10
Tabelle 3:	Größe von Einzelunternehmen	10
Tabelle 4:	Erträge bei pflanzlichen Produkten relativ zur EU (EU = 100)	14
Tabelle 5:	Erzeugerpreisvergleich in €/100 kg (2004)	15
Tabelle 6:	Referenzerträge und Ausgleichszahlungen	18
Tabelle 7:	Finanzrahmen für Marktmaßnahmen und Direkthilfen in Mio. €	22

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Ländergrößen im Vergleich (2000) Fläche	3
Abbildung 2:	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (2000) in Kaufkraftparität	4
Abbildung 3:	Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Haushaltsausgaben	5
Abbildung 4:	Entwicklung der Konvergenz der EU-Beitrittskandidaten (100 Punkte = Konvergenz mit dem EU-Durchschnitt)	6
Abbildung 5:	Anteil der Landwirtschaft am BIP und an der Gesamtzahl der Beschäftigten	8
Abbildung 6:	Entwicklung der Produktion nach der Wende in Estland (1995 = 100 %)	12
Abbildung 7:	Agrarhandel mit der EU 1998 bis 2000 (Mio. €)	12
Abbildung 8:	Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität in der Milcherzeugung	17
Abbildung 9:	Landkosten und Flächenproduktivität in der Milcherzeugung	17
Abbildung 10:	Finanzrahmen für Marktmaßnahmen und Direkthilfen in Mio. €	21

Verzeichnis der Karten

Karte 1: Bevölkerung und landwirtschaftlich genutzte Flächen in den MOEL-10	7
--	---

1 Einleitung

Die Osterweiterung der EU steht uns kurz bevor. Bis zum 1. Mai sind es nur noch wenige Tage. Vielfach trifft man auf Ängste und Zweifel, Bedenken und Missmut, wenn die Erweiterung ins Gespräch kommt. (SONNLEITNER, 2000). Landwirte im Westen befürchten das große **Agrarpotenzial** in den Beitrittsländern. Sie mutmaßen, dass die Betriebe im Osten **wettbewerbsfähiger** seien durch größere **Flächenausstattung** und **kostengünstige** Arbeitskräfte. Zudem argwöhnen sie, dass der Beitritt zuviel kosten wird.

Sind Misstrauen und Bedenken begründet? Oder ist der Pessimismus in der 15er Gemeinschaft unbegründet? Soll es deutschen Bauern wegen des bevorstehenden Beitritts der zehn Staaten tatsächlich angst und bange werden? – Wohl kaum. Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen sind die Umriss der Zukunft allmählich klarer geworden. Im Laufe der Jahre haben viele Ermittlungen und Untersuchungen dazu beigetragen, die Lage in den Beitrittsländern realistisch einzuschätzen. Im Großen und Ganzen ist es heute erkennbar, was die Bauern jenseits und diesseits des einstigen Eisernen Vorhangs erwartet.

2 Wer gehört zu Europa?

Die meisten Ost- und Mitteleuropäer fühlten sich – trotz der willkürlichen Spaltung des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg – einem gemeinsamen Europa zugehörig. Deshalb erleben die Menschen die Osterweiterung – ähnlich der Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Mauerfall – als die Wiedervereinigung Europas. Am 1. Mai wird endlich der „europäische Torso“ seine Gliedmaßen zurückerhalten (MARKL, 2003).

Was ist aber Europa? Wo fängt dieser alte zersplitterte Pseudokontinent an und wo hört er auf? – Der Name entstammt dem griechischen Mythos: Zeus, der allerhöchste Unsterbliche der Griechen, wurde auf Kreta geboren. Als junger Mann verliebte er sich in die schöne Europa. Sie war die Tochter des Königs von Phönizien. Ihre Kinder waren die ersten Europäer, und aus ihren Nachkommen ging das berühmte Minoer Herrschergeschlecht hervor (BUSTAMANTE, 2002).

Der Begriff Europa entstand im 6. Jahrhundert vor Chr. für die Gebiete an der nördlichen Küste des Mittelmeers. Nördlich und nordöstlich davon lag für die Griechen und Römer das Land der Barbaren, der Kelten, Germanen und Skythen. Später erhielt Europa unter dem Eindruck der arabisch-muslimischen Expansion eine christliche Deutung. Die abendländische Staatengemeinschaft als Christenheit wurde immer mehr durch den Begriff Europa und die damit assoziierte Zivilgesellschaft ersetzt (SANDGRUBER, 2003).

Die Länder, die heute in die EU drängen, gehören in ihrer Substanz seit mindestens 1000 Jahren zu Europa. Im Jahre 996 nach Chr., in der Zeit von Otto III., wurden vom ersten deutschen Papst, Gregor V., die Erzbistümer **Gnesen** in Polen und **Gran** (Esztergom) in Ungarn gegründet. Das Erzbistum Prag bestand damals schon seit einigen Jahren. Durch seine Krönung wurde der Herzog **Stefan**, der mit **Giselle**, einer bayerischen Prinzessin verheiratet war, der erste christliche König von Ungarn. Also Tschechien, Polen und Ungarn waren schon vor tausend Jahren in die lateinisch-abendländische Staatengemeinschaft integriert (KÜHNHARDT, 2000).

Für die Geographen seit dem 18. Jahrhundert endete Europa am Ural in einer Linie. Die kommunistische Oktoberrevolution im Jahre 1917 führte zum Ausschluss Russlands aus Europa. Bereits 1920 tauchte der Begriff „Eiserner Vorhang“ auf.

Als Folge des zweiten Weltkriegs wurde der Eiserner Vorhang bis tief nach Mitteleuropa hinein vorgeschoben. Die Übereinkunft der damaligen Alliiertenführer in **Jalta** auf der Halbinsel Krim und das **Potsdamer** Abkommen lieferten nicht nur den östlichen Teil Deutschlands, sondern auch die mittel- und osteuropäischen Völker der Sowjetmacht aus. Somit ist es verständlich, dass sich die meisten Osteuropäer als Opfer fühlten, die als Beute in einem Tauschgeschäft für die wiedererlangte Freiheit Westeuropas der Sowjetunion überlassen wurden. Ist es ihnen zu verdenken, dass viele von den Älteren die EU-Erweiterung gewissermaßen als eine Wiedergutmachung für die Leiden und erzwungenen Opfer während der Zeit bis zum Mauerfall empfinden?

3 Volkswirtschaftliche Rahmendaten

3.1 Risiken und Chancen

Die Osterweiterung war bereits zu Beginn der Beitrittsverhandlungen als eine „faszinierende, aber schwierige Aufgabe“ angesehen. Die politischen Vorteile des Beitritts durch seine stabilisierende und friedenssichernde Wirkung werden allgemein anerkannt (VERHEUGEN, 2001). Kritiker bezweifeln jedoch, dass die Integration von zwölf Staaten, deren Wirtschaftsleistung erheblich unter dem Durchschnittsniveau der EU-15 liegt, ohne Probleme zu bewältigen sein wird. Als zu bejahende Zeichen stehen auf der einen Seite der Zuwachs der Kaufkraft von rund 100 Millionen neuen Konsumenten, auf der anderen die Notwendigkeit, die neuen Mitglieder bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen.

Weshalb könnten aber unter dem Strich nicht beide Seiten gewinnen? Die Erweiterung lässt sich so organisieren, dass sie sowohl für die Altmitglieder als auch für die Neumitglieder Vorteile bringt. „Die Liberalisierung des Handels stiftet mehr Nutzen als sie Prob-

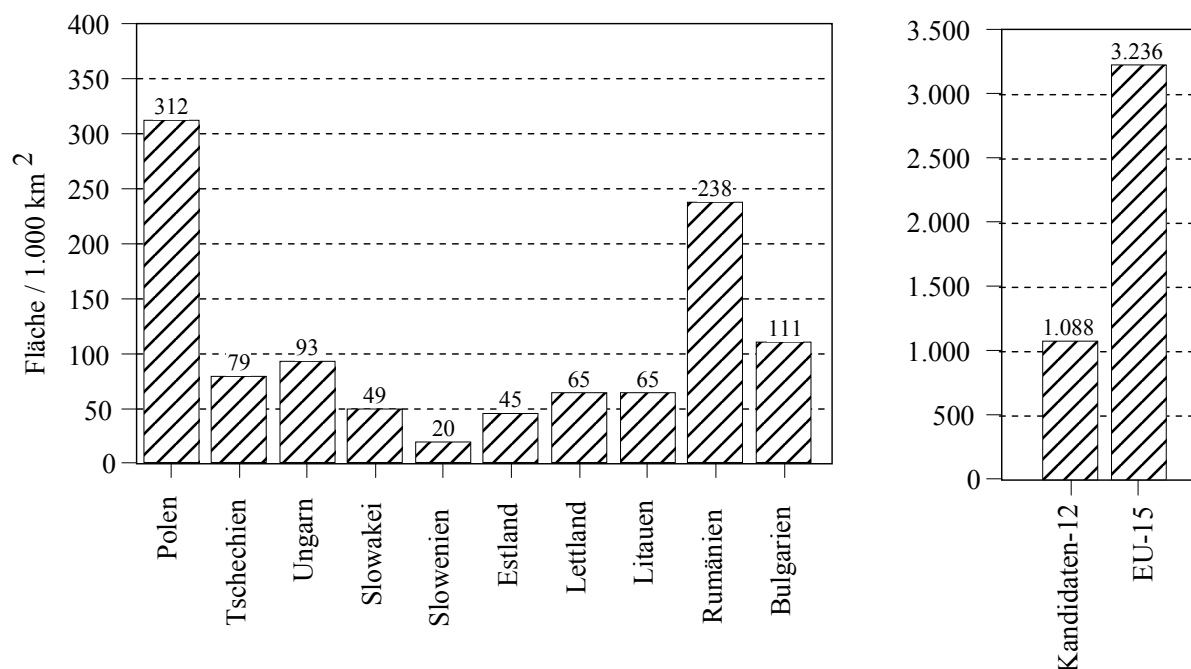
leme schafft“ – behauptet Agrarkommissar FISCHLER. Die Marktintegration fördert bekanntlich den Wohlstand (FISCHLER, 2004a).

Um einen Überblick zu bieten, werden nachfolgend einige charakteristische Grunddaten über Wirtschaft und Landwirtschaft der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer (MOEL) ausgeführt. Rumänien und Bulgarien werden vermutlich erst im Jahre 2007 beitreten. Um das Bild zu vervollständigen, werden jedoch im Folgenden auch die Daten dieser beiden Länder dargestellt.

3.2 Größe und Wirtschaftskraft der neuen Beitrittsländer

Die 12 neuen Beitrittsländer erweitern die Gesamtfläche der EU etwa um ein Drittel, das sind 1.088.000 km² (Abbildung 1). Es sind aber nur zwei große Flächenländer dabei: Polen mit 312.000 und Rumänien mit 238.000 km². Die Bevölkerung der EU-27 wächst weniger stark, nämlich um 106 Mio. Einwohner und erweitert die Gesamtzahl der Einwohner auf rund 480 Mio. Nach dem Beitritt steigt die Anzahl der kleinen Länder: die meisten Kandidaten haben weniger als 10 Millionen Einwohner.

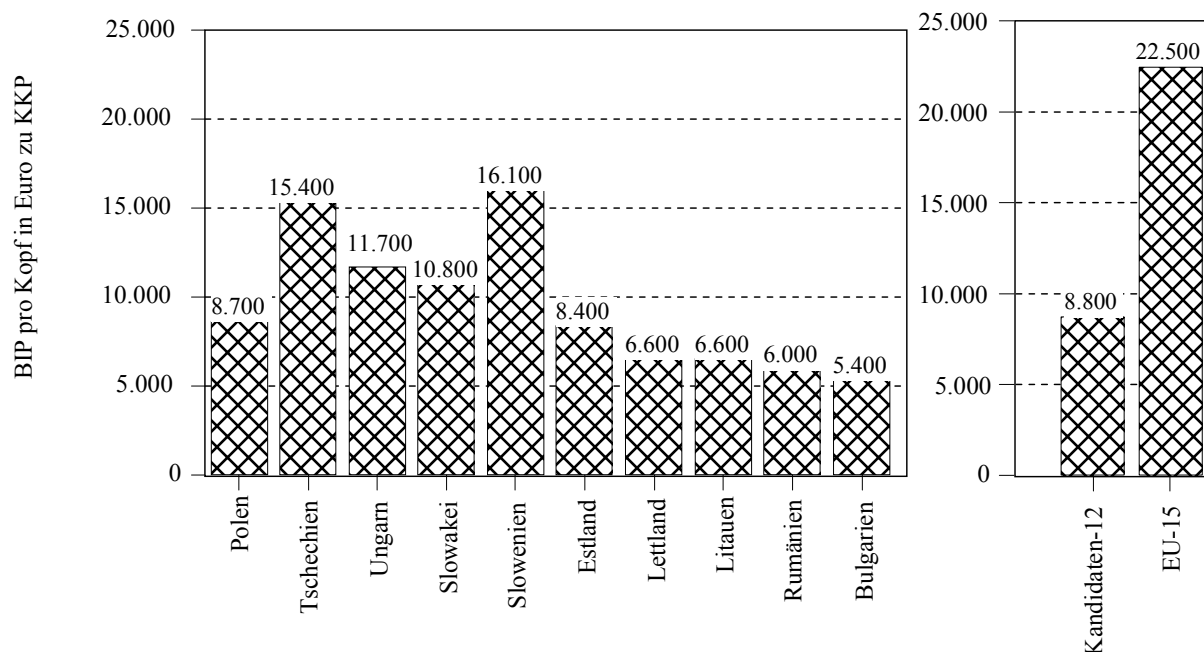
Abbildung 1: Ländergrößen im Vergleich (2000) Fläche



Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte (2002).

Eine gewichtige Kennzahl für die Wirtschaftskraft der Länder ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Um Unstimmigkeiten bei den offiziellen Wechselkursen auszuweichen, wird das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparität ausgedrückt. Die Daten in der Abbildung 2 stammen aus dem Jahr 2000 und zeigen, dass die Beitrittskandidaten im Mittel nur rund 40 Prozent des EU-Durchschnittswertes erreichten. Die Spanne reicht von 25 bis 70 Prozent. Allerdings steigt die Kaufkraft der neuen Länder derzeit etwa doppelt so schnell wie in der EU-15. Im Jahre 2003 war die durchschnittliche Kaufkraft der Beitrittskandidaten bereits auf 45 Prozent des EU-Wertes gestiegen. Gleichwohl, ähnlich groß ist die Differenz zwischen den gegenwärtigen und zukünftigen EU-Mitgliedern im Hinblick auf die monatlichen Bruttolöhne. Freilich gibt es große Unterschiede in den durchschnittlichen Gehältern auch innerhalb der EU-15, z. B. zwischen Schweden und Portugal oder Griechenland. Bemerkenswert ist es auch, dass die Menschen im Beitrittsland Slowenien im Durchschnitt besser verdienen als die Portugiesen; zudem überflügeln die Gehälter auf Zypern die Gehälter in Griechenland.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (2000) in Kaufkraftparität

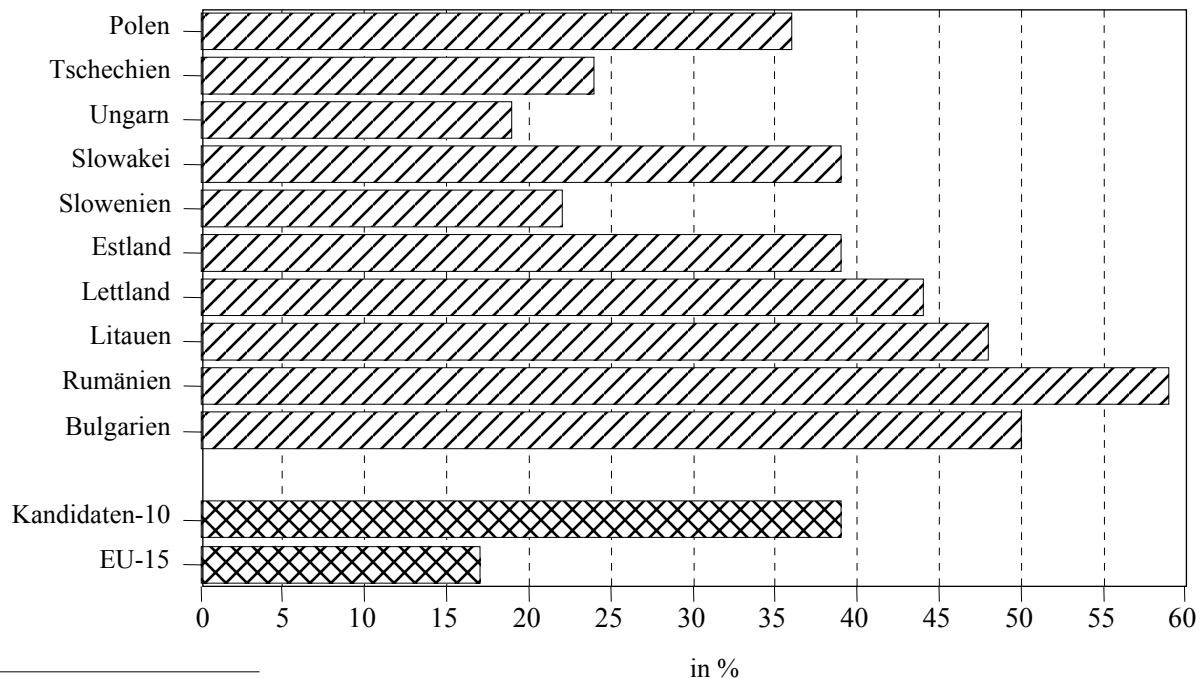


Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte (2002).

Ein weiteres Merkmal für den Abstand in der Wirtschaftskraft zwischen der 15er Gemeinschaft und den Beitrittsländern ist der hohe Anteil der **Nahrungsmittelausgaben** an den Gesamtausgaben (Abbildung 3). Während in der EU-15 durchschnittlich nicht mehr als 15 bis 17 Prozent des Haushaltsbudgets für Nahrungsmittel verwendet werden, ist dieser Anteil in den MOEL nahezu 40 Prozent. Neben Rumänien und Bulgarien bleibt auch in den

baltischen Staaten nach dem Lebensmittelkauf unverhältnismäßig wenig Geld für den übrigen Teil der Lebenshaltung übrig.

Abbildung 3: Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Haushaltsausgaben



Quelle: Deutscher Bauernverband (2000).

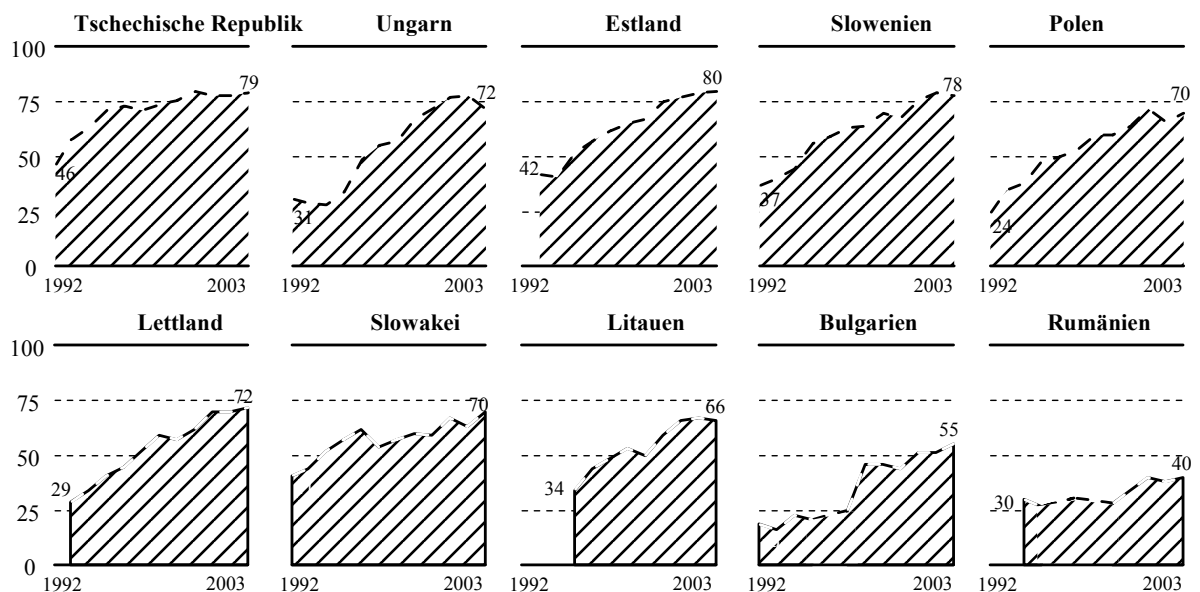
Insgesamt gilt es, dass die künftigen Mitgliedsländer mit dem EU-Durchschnitt nur dann gleichziehen können, wenn ihre **Wachstumsraten** ständig höher bleiben als die der gegenwärtigen Mitgliedsländer. Im Einzelnen gibt es dafür gute Beispiele, Rückschläge ergeben sich allerdings in jedem Land.

Die Abbildung 4 gibt Auskunft über die Entwicklung der Annäherung (Konvergenz) zwischen den Ländern des ehemaligen Ostblocks und der EU-15. Die Deka-Bank in Frankfurt entwickelte ein Instrument, mit dem die Konvergenzfortschritte gemessen werden können.

In die Berechnung fließen 16 makroökonomische Indikatoren ein. Die **realwirtschaftliche** Konvergenz wird gemessen anhand des BIP je Einwohner, des Anteils der Landwirtschaft am BIP, der Arbeitslosenquote und des Anteils des Handels mit der EU am Gesamthandel. Zur Erfassung der **monetären** Konvergenz sind folgende Kennzahlen herangezogen worden: Inflation, langfristiger Kapitalmarktzins, Wechselkurs und Kreditwachstum. Die **fiskalische** Konvergenz wird abgebildet durch: Haushaltssaldo, öffentliche Schulden, Auslandsschulden sowie Anteil des privaten Sektors am BIP. Auch die institutionelle Konvergenz wird gemessen (HORNUNG 2003 und 2004).

Die Abbildung 4 veranschaulicht, dass aus dem anfänglichen Quartett Tschechien, Ungarn, Estland und Slowenien im Laufe der Jahre eine Troika geworden ist. In der aktuellen Untersuchung rangiert Estland auf dem Spitzenplatz. Ungarn fiel zurück und bildet mit Polen, Lettland und Slowakei eine Vierergruppe. Es gibt gute Zeichen aber auch dafür, dass aus der zweiten Reihe der EU-Aspiranten sich Bulgarien und Rumänien abermals verbessern konnten.

Abbildung 4: Entwicklung der Konvergenz der EU-Beitrittskandidaten (100 Punkte = Konvergenz mit dem EU-Durchschnitt)



Quelle: Frankfurter Allgemeine vom 04.11.2003, S. 12, DGZ Deka-Bank (August 2002).

4 Grundlegende Daten des Agrarsektors

4.1 Bevölkerung und landwirtschaftlich genutzte Flächen

Die Karte 1 zeigt, dass vor allem Polen, aber auch Rumänien große Agrarflächen besitzen. Polen verfügt bei einer insgesamt geringeren Landesfläche als die von Deutschland (312.000 km² in Polen gegenüber 356.000 km² in Deutschland) um eine Mio. Hektar LF mehr. Rumänien stehen kaum weniger LF zur Verfügung als Italien. Nur Frankreich mit 28,3 Mio. und Spanien mit 25,6 Mio. ha LF verfügen über mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen als Polen.

Vor allem in Bezug zur Einwohnerzahl des Landes, aber auch hinsichtlich des Anteils der LF an der Gesamtfläche, treten die Beitrittsanwärter eindeutig hervor. Mit etwa 59 Mio. ha LF erweitern die Beitrittsländer die rund 128 Mio. ha LF der EU-15 beinahe um die Hälfte.

Karte 1: Bevölkerung und landwirtschaftlich genutzte Flächen in den MOEL-10

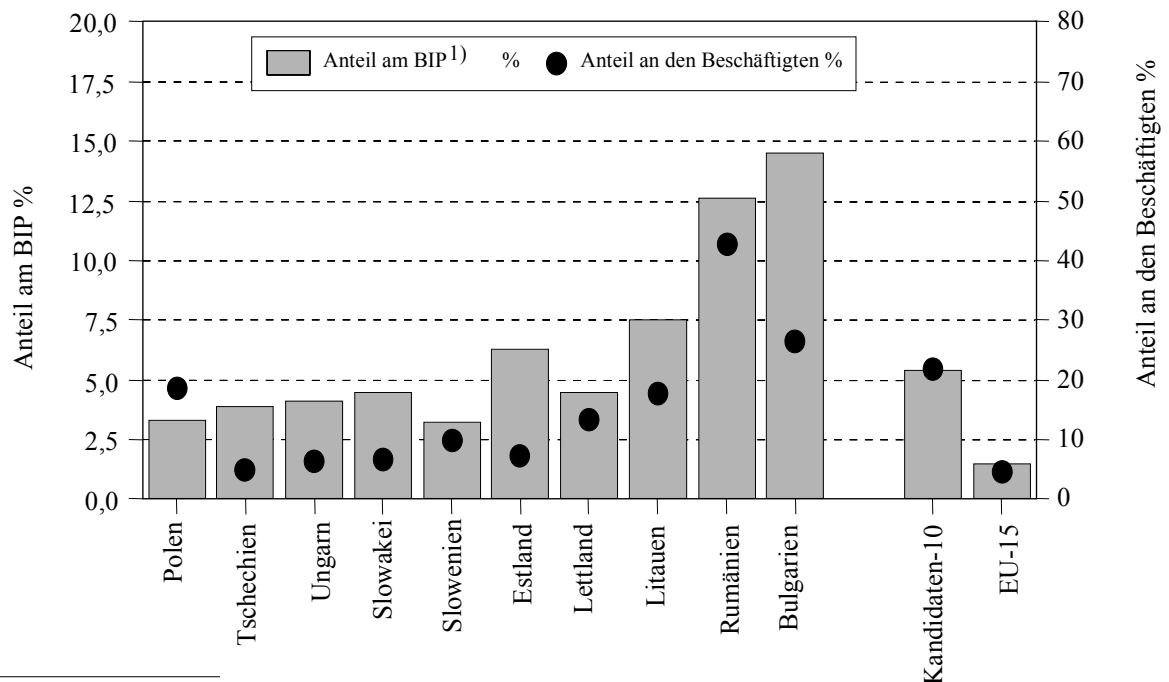


Zusammenfassend können wir festhalten: die Osterweiterung erhöht die Einwohnerzahl der EU-15 um 28 Prozent, die Gesamtfläche um ein Drittel, die landwirtschaftlich genutzte Fläche aber um 46 Prozent. Als Folge der generell niedrigeren **Bevölkerungsdichte** in den Ländern der Beitrittskandidaten entfallen je Einwohner **0,57 ha** Agrarflächen im Vergleich zu **0,36 ha** in der 15er Gemeinschaft.

4.2 Das wirtschaftliche Gewicht des Agrarsektors

Das große Gewicht der Landwirtschaft in den Beitrittsländern kommt zum Ausdruck durch ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt und den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung (Abbildung 5).

Abbildung 5: Anteil der Landwirtschaft am BIP und an der Gesamtzahl der Beschäftigten



1) BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte (2002).

Beide Kennzahlen zeigen, dass die Landwirtschaft in den Beitrittsländern eine höhere Bedeutung hat als in der EU-15. Während in den alten EU-Mitgliedsländern im Durchschnitt etwa **5 Prozent** aller Beschäftigten **1,5 Prozent** des Bruttoinlandsproduktes erstellen, sind in den Beitrittsländern immer noch rund **22 Prozent** in der Landwirtschaft beschäftigt und erzeugen etwa **5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes**. Besonders in Bulgarien und Rumänien ist der Anteil der Landwirtschaft am BIP mit 14,5 und 12,6 Prozent sehr hoch. Überdies sind in Rumänien 42 Prozent und in Bulgarien 27 Prozent der Berufstätigen noch in der Landwirtschaft beschäftigt. Mit rund 19 Prozent ist der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft auch in Polen noch hoch.

4.3 Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern

Nach sowjetischem Muster wurde spätestens in den 60er Jahren die Zwangskollektivierung in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern durchgesetzt (Tabelle 1). Allein

in Slowenien – hauptsächlich als Folge der topographischen Gegebenheiten – und in Polen, wegen des erbitterten Widerstandes der Landbevölkerung, konnte die überwiegend private Bewirtschaftungsstruktur erhalten bleiben. Je nach der Verbreitung der Großgrundbesitze in den einzelnen Ländern schwankte der Anteil der Genossenschaften zwischen 60 bis 80 Prozent. Domänen und große Güter wurden oft in staatseigene Betriebe umgewandelt.

Tabelle 1: Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern (1)
Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Prozent

Land	Genossenschaften		Staatsbetriebe		Kapitalgesellschaften		Private (individuelle) Betriebe	
	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende
Polen	4	3	19	7		8	77	82
Slowenien			8	4			92	96
Tschechien	61	43	38	2		32		23
Ungarn	80	28	14	4		14	6	54
Slowakei	69	60	26	15		20	5	5
Estland	57		37			37	6	63
Rumänien	59	12	29	21			12	67

1) Nach der Wende: Stand 1997.

Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte.

Nach dem Systemwechsel wird in 8 von 10 Ländern der überwiegende Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Einzelunternehmen bewirtschaftet. Lediglich in Tschechien und der Slowakei dominieren umgewandelte Genossenschaften und andere juristische Personen. Während in Polen, Slowenien und Rumänien 70 bis 90 Prozent der LF in der Hand von Klein- und Kleinstbauern sind, werden in Ungarn rund die Hälfte, in Tschechien etwa 75 Prozent und in der Slowakei sogar über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen von Betrieben über 200 ha bewirtschaftet.

Die meisten Mammutbetriebe zerfielen nach der Wende (Tabelle 2). Die Genossenschaften wurden in überschaubare Einheiten zurückgeführt. In der Regel kommt ihre derzeitige Betriebsgröße dem Umfang der jeweiligen Feldmark der einzelnen Dörfer gleich.

Tabelle 2: Betriebsstrukturen in den Beitrittsländern (2)
Durchschnittliche Betriebsgröße in Hektar

Land	Genossenschaften		Staatsbetriebe		Kapital- gesellschaften		Private (individuelle) Betriebe	
	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende	vor der Wende	nach ¹⁾ der Wende
Polen	335	222	3.140	620		333	6,6	7,0
Slowenien			470	371			3,2	4,8
Tschechien	2.578	1.447	9.443	521		690	5,0	34,0
Ungarn	4.179	833	7.138	7.779		204	0,3	3,0
Slowakei	2.667	1.509	5.186	3.056		1.191	0,3	7,7
Estland	4.060		4.206			449	0,2	19,8
Rumänien	2.374	451	5.001	3.657			0,5	2,7

1) Nach der Wende: Stand 1997

Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte

Ein großer Teil der Einzelunternehmen verfügt über sehr geringe Flächen. Diese verkaufen ihre Produkte kaum über den Markt, dennoch verbessern sie ihren Lebensunterhalt dadurch, dass sie Milch, Fleisch, Obst und Gemüse für den eigenen Verbrauch erzeugen.

Am Beispiel von Polen und Ungarn veranschaulicht die Tabelle 3 diese Situation. Von den dargestellten Betrieben wird sich vermutlich nur ein Teil zu einem wachstumsfähigen Vollerwerbsbetrieb entwickeln.

Tabelle 3: Größe von Einzelunternehmen

Betriebsform	Anzahl in 1.000	Anteil an der LF %	ha je Betrieb
Polen			
Marktproduzenten	680	68	16,5
Sonstige Betriebe	1320	22	2,7
Ungarn			
Marktproduzenten	40	22	36
Sonstige Betriebe	730	29	2,5

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grund der Landesstatistiken.

Die übergroße Anzahl von kleinen Privatbetrieben und Höfen ist der Grund dafür, dass wir in der Regel in den neuen Beitrittsländern über eine **duale Betriebsstruktur** sprechen. Neben mit Flächen gut ausgestattete Unternehmen prägen zahlreiche kleine Privatbetriebe das Bild der Landbewirtschaftung.

An dieser Stelle lohnt sich allerdings daran zu erinnern, dass auch eine große Anzahl der Höfe und Betriebe in der 15er Gemeinschaft nicht in Vollerwerb bewirtschaftet werden. Aus jüngsten statistischen Erhebungen der EU geht hervor, dass von den 13,5 Mio. Menschen, die dauerhaft und regelmäßig in der Landwirtschaft arbeiten, 79 Prozent nur in Teilzeit beschäftigt sind. Der Teilzeitanteil schwankt um 90 Prozent in Griechenland und Italien, erreicht jedoch weniger als 60 Prozent in Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland und den Niederlanden.

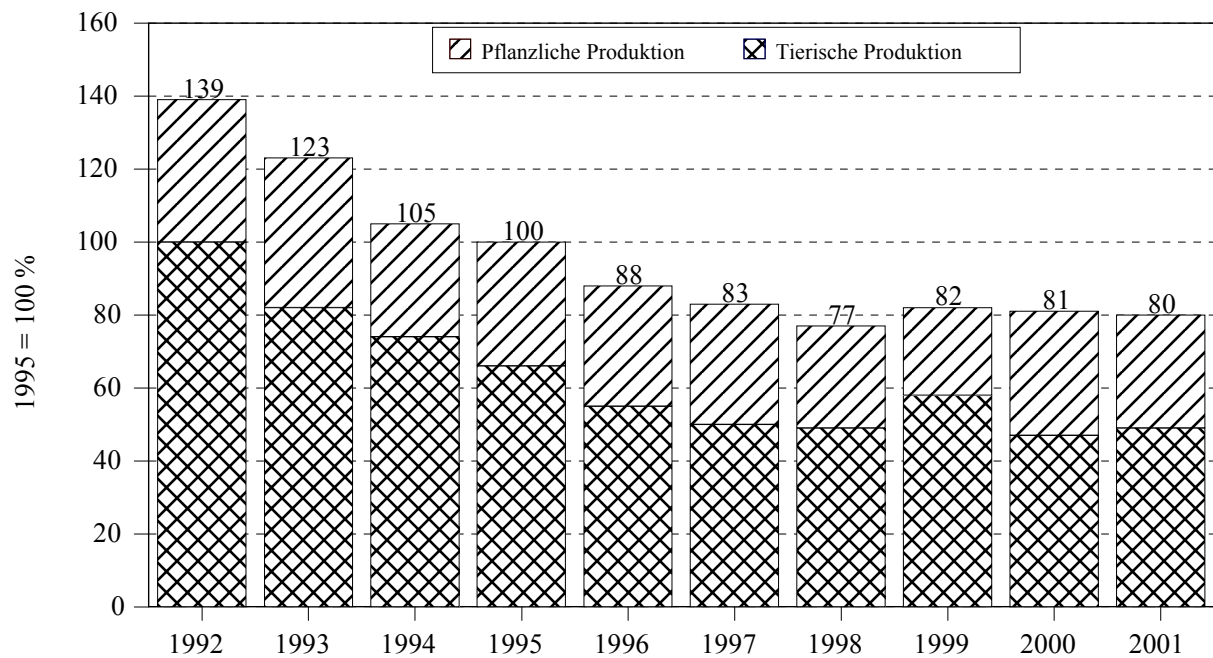
4.4 Entwicklung der Produktion und des Agrarhandels nach der Wende

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft haben sich die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas zunächst deutlich verschlechtert. Der drastische Abbau der Agrarstützung nach dem unverkennbaren Wechsel des politischen und wirtschaftlichen Systems führte zu einem erheblichen **Rückgang der Agrarproduktion**. Vor allem die tierische Produktion, insbesondere die Milch- und Rindfleischerzeugung, schrumpfte deutlich auch als Folge des scharfen Rückgangs der Nachfrage in Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

In Abbildung 6 wird dieser Prozess am Beispiel von Estland verdeutlicht. Der Produktionsrückgang war hier besonders scharf, der Entwicklungsverlauf ist aber kennzeichnend auch für die anderen Beitrittsländer.

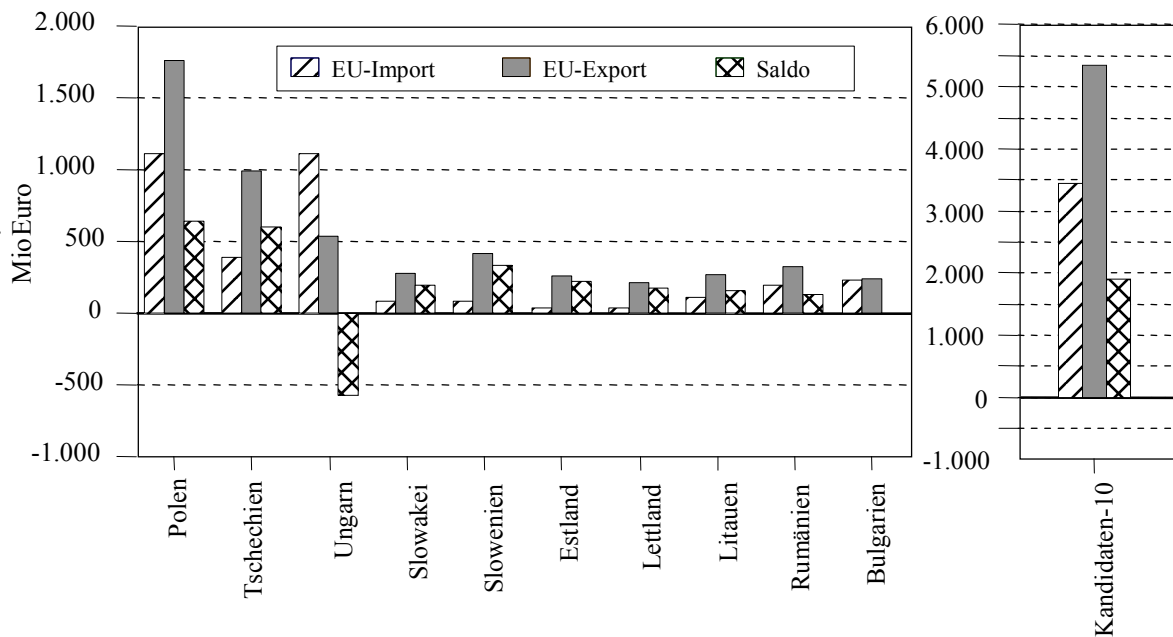
Für die MOEL ist die 15er Gemeinschaft der wichtigste Handelspartner. Dies trifft auch auf die Agrarprodukte zu. Mittlerweile liefern die MOEL bis zu 50 Prozent ihrer Agrarexporte in die EU. Wichtigste Exportartikel sind vor allem Rohprodukte und gering verarbeitete Massengüter wie Fleisch und Fleischprodukte, Ölsaaten, frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse sowie Getreide. Gemessen am Exportwert sind Polen und Ungarn die bedeutendsten Exportländer. Die Agrarhandelsbilanz ist jedoch für die Beitrittsländer mit Ausnahme von Ungarn negativ (Abbildung 7).

Abbildung 6: Entwicklung der Produktion nach der Wende in Estland (1995 = 100 %)



Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte (2002).

Abbildung 7: Agrarhandel mit der EU 1998 bis 2000 (Mio. €)



Quelle: Europäische Kommission GD VI, Länderberichte (2002).

Bemerkenswert ist, dass die Handelsbilanz vor der Wende – freilich bei einem geringeren Volumen – für die Beitrittskandidaten noch positiv war. Seit der Einführung der bilateralen Handelserleichterungen für Agrarprodukte und Lebensmittel, und vor allem nach dem Doppel-Null-Abkommen aus dem Jahre 2000 (völliger Abbau der Zölle auf beiden Seiten für eine Reihe von Produkten), hat der Agrarhandel deutlich zugenommen. Im letzten Jahr vor dem Beitritt waren nur noch wenige Agrarprodukte und Lebensmittel durch Zölle oder Handelsquoten limitiert. Somit rechnen Handelsexperten nicht damit, dass nach dem Beitritt der Export aus den Beitrittsländern sprunghaft steigen wird (BROCKMEIER, 2004; JENSEN and FRANSEN, 2004, sowie BANSE, 2004 und N.N 2004).

Als **Zwischenergebnis** der bisherigen Ausführungen können wir festhalten:

- Die MOEL sind stark agrarisch geprägte Länder.
- Das BIP pro Kopf beträgt nur etwa 40 bis 50 Prozent des EU-Durchschnittswertes.
- Die MOEL verfügen über ein erhebliches Agrarpotenzial, aber die Produktivität ist derzeit noch niedrig.
- Die MOEL sind mit Ausnahme von Ungarn Agrarimporteure.
- Die Betriebsstruktur weist einen dualen Charakter auf. Die Besitzstruktur ist ebenfalls reichlich zersplittert.
- Die gegenwärtige Agrarstützung liegt auf niedrigem Niveau.
- Die Landwirtschaft befindet sich in einer schwachen finanziellen Situation.

5 Abwägung der Wettbewerbschancen

Ist der Wettbewerb dafür da, das Korn von der Spreu zu trennen? Stehen auf der einen Seite die Gewinner, auf der anderen die Verlierer? – Führende Ökonomen sehen es anders. Sie sagen, der Wettbewerb gleiche einem **Entdeckungsverfahren**, in dem jeder die eigenen Stärken und Schwächen erkennt (HAYEK, 1996; SAMUELSON, 1976). Und genauso, wie kein Mensch in jeder Beziehung der beste sein kann, können auch Betriebe, Regionen und Länder nicht unter jedem Blickwinkel ihren Wettbewerbern überlegen sein. Vielmehr besteht die Aufgabe darin, dass jeder entdeckt, auf welchem Gebiet die eigenen Ressourcen am wirksamsten eingesetzt werden können.

Wettbewerbsfähig ist, wer Marktanteile erringen und sie auf absehbare Zeit behalten kann. Diese Fähigkeit kann von der Kostenführerschaft oder Produktführerschaft abgeleitet werden (WELLERT, 1995). In nationaler Hinsicht sind sie die dafür Ausschlag gebenden Bestimmungsfaktoren:

- Humankapital, materielle und Kapitalressourcen sowie Infrastruktur
- Nachfragebedingungen nach Produkten und Dienstleistungen
- Vorhandensein von unterstützenden Industrien („vor- und nachgelagerter Bereich“)
- Unternehmerstrategie

(PORTER, 1990).

Liest man diese Auflistung, so wird klar, wo die Länder der EU-15 – trotz niedriger Löhne und günstiger Flächenpreise in den Beitrittsländern – ihre Wettbewerbsvorteile haben.

5.1 Produktivitätsrückstand

Über die Konkurrenzkraft einzelner landwirtschaftlicher Produktionszweige entscheiden **Produkt- und Faktorpreise** sowie die **Produktivität** von Fläche, Arbeit und Kapital.

Die erzielten **Hektarerträge** spiegeln die Produktivität der eingesetzten Fläche wider. Ein Vergleich der langjährigen Hektarerträge von den wichtigsten Produkten in der EU-15 und den Beitrittsländern fällt eindeutig zuungunsten der Beitrittsländer aus (Tabelle 4).

Tabelle 4: Erträge bei pflanzlichen Produkten relativ zur EU (EU = 100)

Land	Weizen	Raps	Zuckerrüben	Kartoffeln
Polen	59	65	69	57
Tschechien	78	83	76	62
Ungarn	67	45	69	58
Slowakei	74	67	69	49
Slowenien	71	68	84	67
Estland	39	53	31	36
Lettland	43	47	59	39
Litauen	49	68	50	47
Rumänien	42	43	38	40
Bulgarien	45		24	29
EU-15	100	100	100	100

Quelle: Hartmann, IAMO (2000).

Im Großen und Ganzen erreichen die Hektarerträge in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien und der Slowakei etwa 60 bis 80 Prozent der Durchschnittswerte der EU-15. Die bal-

tischen Staaten sowie die Balkenstaaten Rumänien und Bulgarien kommen nur auf rund 40 bis 60 Prozent der durchschnittlichen Erträge in der 15er Gemeinschaft.

Ähnlich niedrig sind auch die tierischen Leistungen in den MOEL. Ob die Milchleistung je Kuh, Tageszunahmen in der Bullen- oder Schweinemast oder die Zahl der aufgezogenen Ferkel je Sau verglichen werden, ist ein deutlicher Vorsprung der alten EU-Länder gegenüber den Beitrittsländern festzustellen.

5.2 Produkt- und Faktorpreise

In der Tabelle 5 sind aktuelle Preise in den Bewerberländern denen in Deutschland gegenübergestellt.

Tabelle 5: Erzeugerpreisvergleich in €/100 kg (2004)

Land	Brotweizen	Futtergerste	Schlachtschweine Lebendgewicht	Jungbullen	Milch
Polen	14,12	12,84	66,75	68,67	16,37
Tschechien			73,87	110,55	25,41
Ungarn	18,46	14,44	88,91	60,58	25,74
Slowakei	13,16	10,99	83,82	109,71	23,41
Estland	13,34	11,45	126,42	135,49	23,07
Bulgarien	13,24	12,44	82,62	80,07	15,42
Deutschland	14,78	13,33	89,03	140,97	28,40

Quelle: ZMP Osteuropa Agrarmärkte Nr. 4/2004.

Vereinfacht lässt sich sagen, dass die Erzeugerpreise für Getreide auf ähnlichem Niveau liegen wie in Deutschland. Auch die Preise für Schlachtschweine – hier auf 100 kg Lebendgewicht bezogen – sind nicht deutlich niedriger als in Deutschland. Allein in Polen und Tschechien zahlen die Schlachthöfe im aktuellen Vergleich weniger als deutsche Schlachthöfe. Einen starken Rückstand können wir allerdings bei den Preisen für Jungbullen ausfindig machen. Hier erzielen die Erzeuger in Mittel- und Osteuropa durch die Bank um 40 bis 50 Prozent weniger für 100 kg Bullenfleisch als Landwirte in Deutschland. Allein in Estland ist ein vergleichbares Preisniveau festzustellen, wobei im Baltikum auch Schweinpreise höher liegen als in Deutschland. Schließlich erzielen Milcherzeuger ebenfalls niedrigere Preise als ihre deutschen Berufskollegen, obgleich der prozentuale Preisabstand zu Deutschland nur in Polen und Bulgarien so groß ist wie beim Rindfleisch.

Nehmen wir die **Faktorpreise** in Augenschein, so erhalten wir ein differenziertes Bild. Preise für Saatgut, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel haben sich in der letzten Zeit zwischen Ost und West stark angenähert. Schlepper und Landmaschinen sind in den Beitrittsländern auch nur dann billiger, wenn es sich um osteuropäische Technik handelt. Die Baustoffpreise sind ebenfalls kräftig angestiegen, die Baukosten je Tierplatz sind vor allem durch die niedrigeren Lohnkosten am Bau billiger als in der EU-15.

Die Verfügbarkeit und Preise für die grundlegenden Faktoren: **Boden, Arbeit und Kapital** ist jedoch völlig anders als in Westeuropa. Wie bereits öfter erwähnt, sind Arbeit und Fläche in den meisten Beitrittsländern reichlich vorhanden. Kapital ist allerdings vielerorts immer noch knapp, und es ist für Landwirte relativ schwierig, günstige Darlehen zu bekommen. In den meisten Ländern sind die langfristigen Kapitalmarktzinsen – nicht nur nominal, sondern auch real – höher als in der EU.

5.3 Welche Vorteile bieten niedrige Löhne und Pachtpreise?

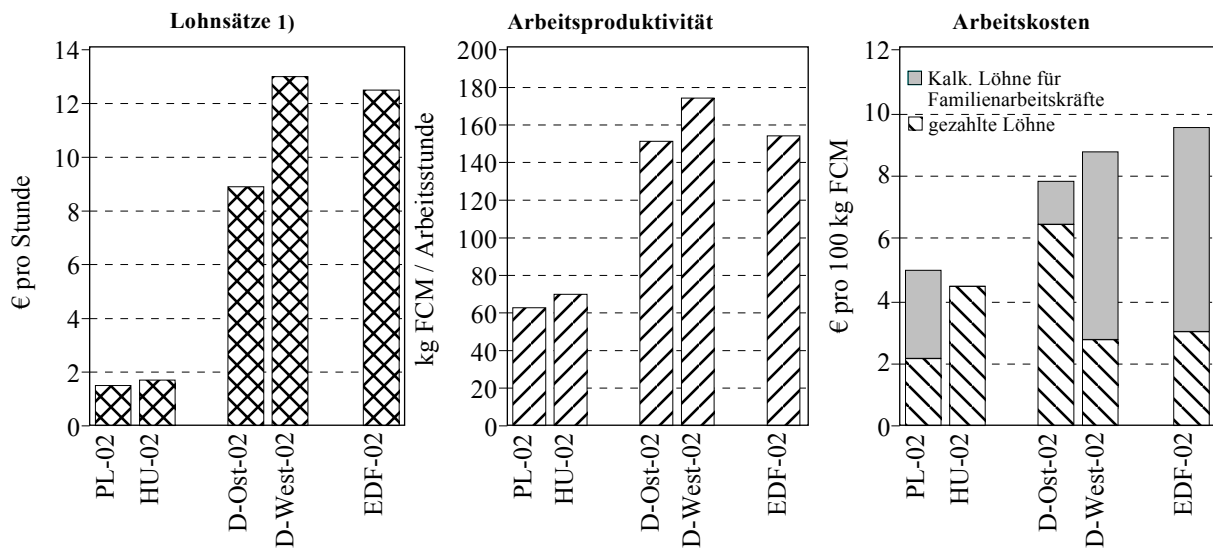
Pachtpreise in Polen, Ungarn und Tschechien bewegen sich in der Regel zwischen 50 bis 100 €/ha, monatliche Bruttolöhne in der Landwirtschaft betragen 300 bis 450 €. Zu welchem Vorteil führen diese niedrigen Faktorpreise bei den Produktionskosten?

Anhand der Kosten je 100 kg Milch möchte ich dies veranschaulichen. Die Differenz der Arbeits- und Landkosten je Einheit Milch ergibt sich aus dem Verhältnis von Produktivität und Faktorpreisen in den alten und neuen EU-Ländern. Das wird aus folgenden Abbildungen ersichtlich.

Exemplarisch werden zunächst in der Abbildung 8 Lohnsätze, Arbeitsproduktivität und Arbeitskosten je 100 kg Milch in polnischen und ungarischen Großbetrieben dargestellt. Diese werden mit den entsprechenden Daten von ost- und westdeutschen Milcherzeugern sowie mit dem Mittelwert der Betriebe aus dem Verein europäischer Milchbauern (EDF – European Dairy Farmers) verglichen.

Vorerst fällt der große Unterschied zwischen den Lohnsätzen ins Auge. Die Grafik über die Arbeitsproduktivität zeigt jedoch auch die große Differenz in der Arbeitsproduktivität zwischen den Ländern. Während in Polen und Ungarn nur 60 bis 70 kg Milch je Arbeitskräfte-stunde erzeugt wird, beträgt die erzeugte Milchmenge je AKh in Westeuropa etwa 160 bis 170 kg. Das entspricht etwa einem Arbeitsmaß von 18 bis 20 Kühen je Person in Mittel- und Osteuropa gegenüber 60 bis 70 Kühen je Arbeitskraft in der EU-15. Dank der niedrigen Löhne betragen die Arbeitskosten je 100 kg Milch in den MOEL nur etwa die Hälfte von denen in Westeuropa. Polnische und ungarische Milcherzeuger haben also einen Kostenvorteil gegenüber den Erzeugern in der 15-er Gemeinschaft von rund 4 Eurocent je kg Milch.

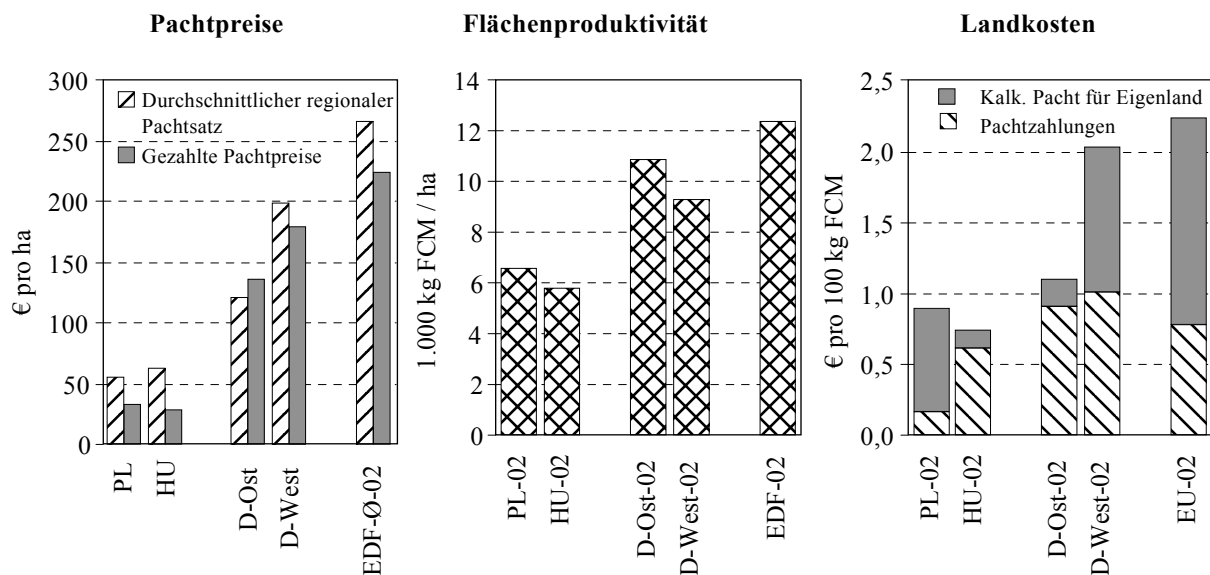
Abbildung 8: Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität in der Milcherzeugung



1) Durchschnittlicher nationaler Lohnsatz.
Quelle: EDF-Analyse 2002/2003.

In ähnlicher Weise kann der Vorteil der neuen Mitgliedsländer bei den Landkosten begründet werden. (Abbildung 9)

Abbildung 9: Landkosten und Flächenproduktivität in der Milcherzeugung



Quelle: EDF-Analyse 2002/2003.

Während die Pachtpreise in den MOEL in der Regel nur 20 bis 25 Prozent der Pachtzahlungen in der EU-15 ausmachen, ist die Flächenproduktivität in den alten EU-Ländern etwa doppelt so hoch. Insgesamt gesehen bleibt der Kostenvorteil der Milcherzeuger in den MOEL bestehen, allerdings beträgt er nur einen Eurocent je Kilogramm Milch.

Alles in allem lassen unsere Untersuchungen erkennen, dass Milcherzeuger in Westeuropa den Nachteil bei den Arbeits- und Flächenkosten gegenüber ihren Konkurrenten in den Beitrittsländern durch Einsparungen bei anderen Aufwendungen teilweise oder sogar völlig kompensieren können. In erster Linie sind sie in der Fütterungseffizienz den Erzeugern in den MOEL weit überlegen. Hier stehen also den (noch) wesentlich günstigeren Faktorpreisen in den Beitrittsländern die auffallend bessere Produktivitätskennzahlen in der 15-er Gemeinschaft gegenüber. Unternehmerische Westinvestoren in den neuen Mitgliedsstaaten nützen gerade diese Konstellation aus. Niedrige Faktorpreise bei einem allgemein hohen Produktivitätsstand lassen für Übersiedler aus Westeuropa einen nicht unbeachtlichen Pioniergewinn in den Beitrittsländern zu erzielen.

6 Förderungsmaßnahmen

6.1 Zankapfel Direktzahlungen

Große Wellen schlug die Entrüstung der Landwirte in den Beitrittsländern, als sie im Dezember 2002 erfuhren, welche Fördermaßnahmen für sie auf dem Kopenhagener Gipfel beschlossen wurden. Die Referenzerträge seien zu niedrig bemessen worden, klagten Bauern und Verantwortliche (Tabelle 6). Und tief ist die Enttäuschung darüber, dass die neuen Länder im Beitrittsjahr zuerst nur 25 Prozent der Hektarprämien von Brüssel ausbezahlt bekommen. Die Direktzahlungen werden zeitlich verzögert, stufenweise erhöht und erst 2013 erreichen sie das endgültige Niveau. Kaum tröstet es die Menschen auf dem Lande, dass ihre Regierungen die Hektarprämien um 30 Prozent aus nationalen Mitteln ergänzen können. Obwohl die Landesbehörden die Aufstockung der Direktzahlungen eilfertig zugesagt haben, ist das Vertrauen der Bauern in die nationale Agrarpolitik nicht sehr groß.

Tabelle 6: Referenzerträge und Ausgleichszahlungen

Beitrittsland	Referenzertrag t/ha	Prämie €/ha
Polen	3,00	189
Tschechien	4,20	265
Ungarn	4,73	298
Estland	2,40	189

Quelle: Manegold, D.: Aspekte der Agrarpolitik (2003).

Dennoch spricht einiges für die beschlossene Regelung. Man hat in Brüssel befürchtet, dass die Auszahlung des vollen Prämienbetrags den Strukturwandel bremsen würde – und eine Verbesserung der Agrarstruktur ist bitter notwendig. Vielmehr besteht die Absicht der Kommission darin, Fördermittel für Strukturmaßnahmen und für die Regionalentwicklung bereitzustellen. Die Förderung des ländlichen Raums erscheint durchaus wichtiger als die volle Auszahlung der Hektarprämien.

Bis auf Slowenien und Malta werden die neuen Mitgliedsstaaten ein vereinfachtes Verfahren des EU-Förderungssystems anwenden. Dies erleichtert vor allem die verwaltungstechnischen Aufgaben. Alle Zahlungen (Bullen-, Schlacht-, Mutterkuh- sowie Milchprämien ab 2005) werden zusammengerechnet und pauschal auf die Flächen umgelegt. Die Mindestfläche eines Betriebes muss 1 ha betragen, um die Flächenprämien zu bekommen. Allein auf Zypern können auch Betriebe mit 0,3 bis 1 ha Prämien beantragen. In Ungarn bekommen im Wein- und Obstbau auch Betriebe mit weniger als 1 ha als Ausnahme Direktzahlungen. Als Hektarprämien erhalten polnische Landwirte in diesem Jahr 44,50 €/ha, ungarische Landwirte 70,20 €/ha und tschechische Landwirte 57,30 €/ha. Die Hektarprämien werden dann von Jahr zu Jahr bis 2013 wachsen. Dazu kommt noch eine Pauschalprämie, die sich aus den Tierprämien errechnet und ebenfalls einheitlich auf die Fläche bezogen wird. Die osteuropäischen Länder müssen nichts produzieren, sondern die Flächen lediglich in gutem Zustand halten. Außerdem sind die Prämien dort noch nicht an Umweltauflagen geknüpft, also sie müssen vorerst keine “Überkreuzverpflichtung“ (Cross-Compliance) eingehen.

Legt man die Ausgangsbedingungen zugrunde, so begünstigt diese Regelung Betriebe auf schwachen Ackerstandorten, sowie Landwirte mit kleinen Tierbeständen verhältnismäßig stärker als ihre Berufskollegen mit höheren Hektarerträgen oder einer intensiveren Tierproduktion. Die Auswirkung der Förderung ist also im Prinzip ähnlich wie in Deutschland, wenn ein Kombi-Modell mit Gleitflug zu einheitlichen Flächenprämien eingeführt wird. Schwierigkeiten bereitet den Beitrittsländern überdies, dass die Zahlungsrechte nur auf die jährlich bewirtschaftete Fläche bezogen werden. Bei der bereits erwähnten Zersplitterung der Betriebs- und Besitzstrukturen zweifeln viele Verantwortliche daran, dass die tatsächlich bewirtschaftete Fläche bereits im Jahre 2004 von der Agrarverwaltung exakt erfasst werden kann.

6.2 Entwicklung ländlicher Räume

Landbewirtschaftung ist das Rückgrat eines jeden ländlichen Raums. Dennoch ist es nicht zu verkennen, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft allmählich abnimmt. Immer mehr Menschen leben auf dem Lande, die sich nicht oder nur teilweise mit Acker-

bau oder Tierhaltung beschäftigen. Der ländliche Raum soll nach wie vor eine bedeutungsvolle, aber zunehmend vielfältige (multifunktionelle) Rolle spielen.

Ländliche Gebiete in den MOE-Ländern waren während der lange herrschenden sozialistischen Planwirtschaft generell vernachlässigt. Straßen- und Schienennetz sind veraltet. Schulen und Bibliotheken, Banken und Postämter, Krankenhäuser und Apotheken fehlen oder sind in schlechtem Zustand. Kulturelles Leben, Dienstleistungen, Berufsausbildung sind unterentwickelt. Als Folge verdüstern Zurückgebliebenheit, Veralterung und Abwanderung der Bevölkerung die Aussichten in vielen Regionen.

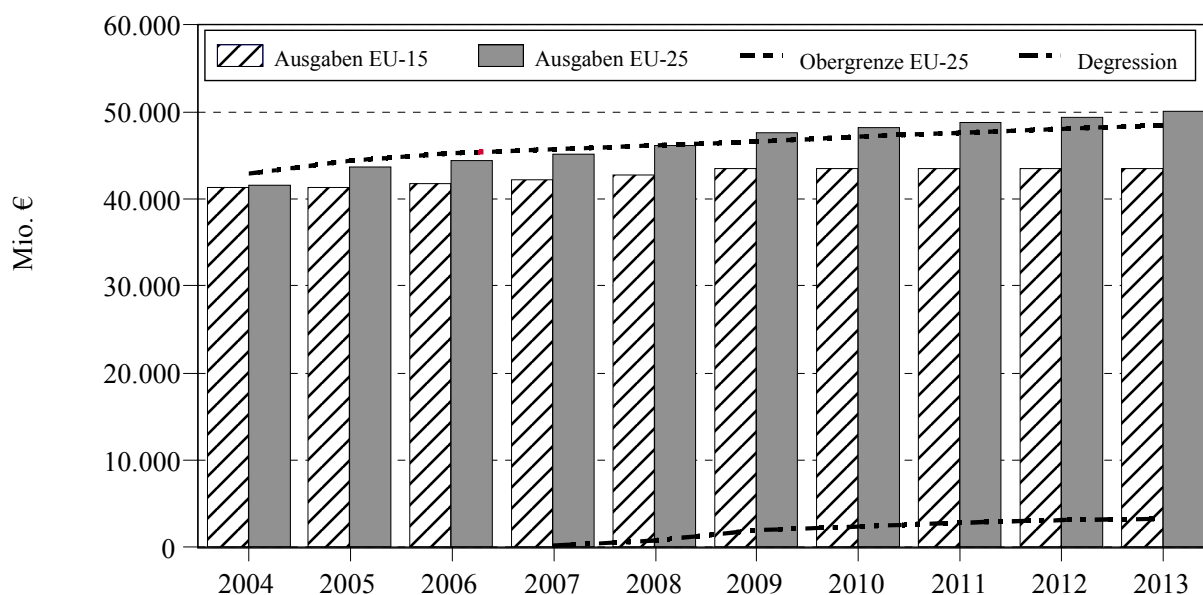
Freilich gibt es auch Lichtblicke: auch Zuwanderung kann man vielerorts beobachten. Zahlreiche Touristen entdecken das Land, Ferien auf dem Lande, Dorferneuerung, ländlicher Wegebau sowie Bewahrung des geistigen und materiellen Erbes auf dem Lande kommen zu neuen Ehren. Die eingeplanten Fördermittel nach dem vollzogenen Beitritt festigen den Wunsch, den ländlichen Raum nachhaltig zu entwickeln (BAUM und FROHBERG et al., 2004; SARUDI, 2003).

Dieses Ziel wird von Brüssel tatkräftig unterstützt. Nicht zufällig fließen auch schon heute jährlich 7 Milliarden Euro in die Programme zur ländlichen Entwicklung in der EU-15 (FISCHLER, 2004b). Die „zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik wird zunehmend wichtig für breite Schichten auf dem Lande in der gesamten erweiterten EU. Fördermaßnahmen für benachteiligte Gebiete, spezifische Hilfen für Klein- und Kleinstbetriebe, die als Selbstversorger gelten, Vorruhestandsregelung für Landwirte, Agrarumweltprogramme, Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen und Diversifizierung der Wirtschaft in ländlichen Gebieten werden vorbereitet und durchgeführt. Auch die Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen ist eine wichtige Aufgabe in den MOEL. Dafür werden die Fördermittel in einem einzigen Fonds zusammengefasst und die Gesamtmittel für die Entwicklung des ländlichen Raums zwischen 2006 und 2013 um beträchtliche 25 Prozent erhöht. (FISCHLER, 2004c)

6.3 Finanzrahmen für Förderungsmaßnahmen

Können all diese Programme bezahlt werden? Wird der Finanzbedarf nicht die Leistungsfähigkeit oder Leistungsbereitschaft der erweiterten EU übersteigen? Diese Fragen werden oft von Erweiterungspessimisten gestellt.

Für die EU-25 wurde ein Finanzrahmen beschlossen, der die Auszahlungen für Agrarmarktmaßnahmen und Direkthilfen („erste Säule“) vorgibt (Abbildung 10).

Abbildung 10: Finanzrahmen für Marktmaßnahmen und Direkthilfen in Mio. €

Quelle: Europäische Kommission GD VI, GAP-Reform (Januar 2003).

Der Finanzrahmen wird durch die obere Linie in der Abbildung veranschaulicht. Die Säulen (links) zeigen den Finanzbedarf der EU-15 und rechts den Bedarf der EU-25 durch die Erweiterung. Die EU-15 benötigen gegenwärtig etwas mehr als 40 Mrd. € an Direktzahlungen und Marktmaßnahmen. Dieser Bedarf steigt auf 43,5 Mrd. € bis 2013 an. Für die Beitrittsländer wird aufgrund der geringeren Flächenprämien ein relativ niedriger Bedarf an Mitteln berechnet, der bis 2013 auf 6,6 Mrd. € ansteigt. Vergleicht man die Zahlen, so ist es doch erstaunlich, dass die Erweiterung um 10 Länder im Vergleich der benötigten Mittel für die EU-15 so gering ist. In diesem Finanzrahmen sind allerdings die Reform des Zuckermarktes und die Direktzahlungen für die Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien nach 2007 noch nicht berücksichtigt.

Der gesamte Finanzbedarf für die EU-25 beträgt 2013 rund 50 Mrd. €. Der vorgesehene Finanzrahmen ermöglicht 2013 aber nur 48,6 Mrd. €.

In Tabelle 7 sind die beschlossenen Gesamtausgaben an Fördermitteln für die Beitrittsstaaten von 2004 bis 2006 dargestellt. Daraus wird deutlich, dass die Beihilfen für die ländliche Entwicklung in den Anfangsjahren höher sind als die Direktzahlungen. Ebenfalls augenfällig ist, dass der Gesamtbetrag, der für den Bereich Landwirtschaft in den neuen Mitgliedsstaaten eingeplant ist, eindeutig niedriger ist als die jährlichen Ausgaben für die alten Mitgliedsländer.

Tabelle 7: Finanzrahmen für Marktmaßnahmen und Direkthilfen in Mio. €

	2004	2005	2006
Direktzahlungen	193	1.211	1.464
Marktordnung	327	822	858
Ländliche Entwicklung	1.570	1.715	1.825
Gesamt	2090	3748	4147

Quelle: Europäische Kommission DG VI, Erweiterung und Landwirtschaft (Dezember 2002).

7 Zusammenfassung

Was können wir resümierend festhalten?

Die Vergrößerung der EU führt zu einem erheblich wachsenden Markt. Die Union wird um rund 100 Millionen neue Konsumenten reicher, und eine stark wachsende Anzahl von ihnen fragt schon derzeit nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln nach. Diese Markenprodukte werden vorerst in den alten Mitgliedsstaaten erzeugt: das ist die eindeutige Chance für die Bauern in Westeuropa. Zudem rechnen Handelsexperten nicht damit, dass der Export aus dem Osten nach dem Beitritt sprunghaft steigen wird. Auch angesichts der vereinbarten Quoten und Höchstmengen müssen die alten EU-Mitgliedstaaten mit einem Angebotsschub kurzfristig nicht rechnen.

Durch die EU-Mitgliedschaft wird sich freilich der Wettbewerb weiter verschärfen. Eindeutige Vorteile für die Bauern in der 15er Gemeinschaft können heute noch nachgewiesen werden. Die unterstützenden Industrien, der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Bereich ist weitaus besser entwickelt in der EU-15 als in den Staaten der Beitrittsanwärter. Verarbeitung und Vermarktung können in den neuen Mitgliedsstaaten nur allmählich auf das Niveau der EU-15 gebracht werden.

Ein hoher Ausbildungsstand, ein gut entwickeltes Beratungswesen und moderne Produktionsverfahren in den alten Mitgliedstaaten helfen den Betriebsleitern, im Wettbewerb zu bestehen. Die hohe Arbeits- und Flächenproduktivität in der 15er Gemeinschaft gleichen die niedrigen Pachtpreise und Löhne in der MOEL zum Teil aus. Gute Chancen haben die Beitrittskandidaten dagegen im preisgünstigen, extensiven Anbau von Futtergetreide und Raps sowie nachwachsenden Rohstoffen. Vermutlich bestehen für sie auch vorteilhafte Aussichten in der Fleischrinderhaltung.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird weitergehen. Sein Tempo wird sich in den neuen Mitgliedsstaaten wesentlich beschleunigen. Die Klein- und Kleinstbetriebe im Osten werden höchstens nur im Nebenerwerb bestehen können. Eine gezielte ländliche Entwicklungspolitik muss dafür sorgen, Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen, um die sozialen Folgen des „Höfesterbens“ abzumildern.

„Unter dem Strich sehe ich für unsere Bauern mehr Chancen als Risiken“, hörte man DBV-Präsident Gerd Sonnleitner sagen (BÜNDER, 2004). Vorerst dürfte er damit Recht behalten. In der ferneren Zukunft allerdings erwächst in den neuen Mitgliedsländern ernst zu nehmende Konkurrenz durch umfangreiche Flächenausstattung und niedrigere Bevölkerungsdichte. Zahlreiche Beispiele bezeugen jedoch, dass für unternehmerische Landwirte auch schon derzeit eine Chance besteht, in den mittel- und osteuropäischen Ländern Fuß zu fassen, Kooperationen einzugehen, um bereits jetzt Pioniergewinne zu erringen.

Literaturverzeichnis

- BANSE M (2004): Agrarpolitische Optionen der neuen Mitgliedsstaaten in einer erweiterten Union. Vortragsmanuskript, 11. Ost-West-Agrarforum
- BAUM S, FROHBERG K, HARTMANN M, MATTHEWS A, WEINGARTEN P (2004): The Future of Rural Areas in the CEE new Member States. IAMO Halle, 214 p
- BROCKMEIER M (2004): Handelsströme in Mittel- und Osteuropa nach der Erweiterung der EU. Vortragsmanuskript, 11. Ost-West-Agrarforum
- BUSTAMANTE M (2002): Die Mythologie der Griechen.
<<http://www.amleto.de/kreta/exkursi/referat15.htm>>
- BÜNDER H (2004): Wachsen oder weichen: Die Landwirtschaft nach der EU-Erweiterung. FAZ 70:14
- FISCHLER F (2004a): EU-Erweiterung und Globalisierung – Zwei europäische Herausforderungen. European Commission – Agricultural News Digest, Speech/04/64
- FISCHLER F (2004b): New Perspectives for Europe's Farmers. European Commission – Agricultural News Digest, Speech/04/79
- FISCHLER F (2004c): Aufbau einer Gemeinsamen Zukunft: Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007-13. European Commission – Agricultural News Digest, Speech/04/137
- HARTMANN M (2000): Agrarmärkte und Agrarstrukturen in den Beitrittsländern – Entwicklungen und Perspektiven. Materialien zur Marktberichterstattung 36:11-30
- HAYEK F.A. (1996): Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus. Tübingen
- HORNUNG D (2003): In der monetären Konvergenz weht den EU-Beitrittskandidaten jetzt der Wind ins Gesicht. FAZ 256:12
- HORNUNG D (2004): Estland, Slowenien und die Tschechische Republik sind reif für die EU. FAZ 66:12
- JENSEN H G, FRANSEN S. E. (2003): Impacts of the Eastern European Accession and the 2003-reform of the CAP – Consequences for Individual Member Countries. Danish Research Institute of Food Economics (FOI) <<http://www.FOI.dk>>
- KÜHNHARDT L (2000): Eine Dividende für Europa – Gesellschaftspolitische Gedanken zur Osterweiterung. Materialien zur Marktberichterstattung 36:107-118
- MARKL H (2003): Wo unser Herz schlägt. FAZ 300:33
- PORTER M E (1993): Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. München
- SAMUELSON P A, NORDHAUS W D (1993): Közgazdaságtan. Budapest

- SANDGRUBER R (2003): Wo endet Europa? Ländlicher Raum. <<http://www.laendlicher-raum.at>>
- SARUDI Cs (2003): Térség- és vidékfejlesztés – A magyar térgazdaság és az európai integráció. Kaposvár
- SONNLEITNER G (2000): Agrarwirtschaft im globalen Wettbewerb – Zukunftsperspektiven der deutschen Landwirtschaft. Materialien zur Marktberichterstattung 36:5-9
- VERHEUGEN G (2001): Wirtschaftliche Perspektiven der EU-Erweiterung. FAZ 235:19
- WELLERT K (1995): Zur Wettbewerbsfähigkeit von Molkerei- und Schlachtunternehmen im vereinten Deutschland. Göttingen
- N.N. (2003): Absatzförderungsaktivitäten der EU-Beitrittsländer Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei auf den Märkten der EU-Mitgliedsstaaten. Materialien zu Wettbewerbsfragen der Deutschen Wirtschaft (unveröff. Manuskript)

Quellenverzeichnis

- HARTMANN M (2000): IAMO-Statistik
- MANEGOLD D (2003): Aspekte der Agrarpolitik
- DGZ DEKA-BANK: Entwicklung der Konvergenz der EU-Beitrittskandidaten (versch. Jahrgänge)
- EUROPEAN DAIRY FARMERS (2003): EDF-Analyse 2002/2003
- EUROPÄISCHE KOMMISSION GD VI: Länderberichte (versch. Jahrgänge)
- EUROPÄISCHE KOMMISSION GD VI: GAP-Reform (Januar 2003)
- EUROPÄISCHE KOMMISSION GD VI: Erweiterung und Landwirtschaft (Dezember 2002)
- DEUTSCHER BAUERVERBAND (2000): Landwirtschaft und EU-Osterweiterung
- ZMP OSTEUROPA AGRARMÄRKTE (2004): Nr. 4/2204